

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. Januar 1986

am Donnerstag, dem 16. Januar 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Czaja (CDU/CSU)	28, 29	Dr. Nöbel (SPD)	5, 6
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	2	Pfuhl (SPD)	18, 19
Dr. Enders (SPD)	16, 17	Poß (SPD)	43, 44
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	12, 13	Rusche (DIE GRÜNEN)	46, 47
von Hammerstein (CDU/CSU)	41, 42	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	38, 39
Dr. Hüsich (CDU/CSU)	20, 21	von Schmude (CDU/CSU)	37
Dr. Hupka (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Sperling (SPD)	24, 25
Jungmann (SPD)	10, 11	Frau Steinhauer (SPD)	48, 49
Kirschner (SPD)	50, 51	Stiegler (SPD)	7, 22
Dr. Klejdzinski (SPD)	14, 15	Tatge (DIE GRÜNEN)	33, 34
Dr. Kübler (SPD)	1, 40	Volmer (DIE GRÜNEN)	3, 4
Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	30, 31	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	8, 45
Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	35, 36	Dr. de With (SPD)	9, 32
Müntefering (SPD)	23		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	10

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Inwieweit sind der Bundesregierung Pläne der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG bekannt, als Nachfolgeprojekt zum „Schnellen Brüter“ (SNR 300) einen neuen Brütertyp mit fünffacher Leistung möglicherweise in der Nähe des Kalkarer Versuchsreaktors zu errichten, und teilt die Bundesregierung aus energiepolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen die Notwendigkeit einer solchen Planung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Wie viele Jugendliche werden derzeit davon betroffen, daß, wie die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Dr. Wilms, erklärt hat, für Jugendliche, die „über den eigentlichen Bedarf hinaus im öffentlichen Dienst ausgebildet worden sind“, keine Übernahmegarantie besteht, d. h., wie viele Jugendliche werden nach ihrer Ausbildung im öffentlichen Dienst nicht weiterbeschäftigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Welche Weisungen hat die Bundesregierung ihrem Vertreter bei der IDB (Interamerican Development Bank) gegeben, um zu gewährleisten, daß die US-Regierung nicht weiterhin die Statuten der Bank verletzt, wie z.B. im Januar 1985, als Außenminister Shultz in einem Brief an den IDB-Präsidenten ausdrücklich aus politischen Gründen gegen die positiven Empfehlungen des IDB-Stabs für ein von Nicaragua beantragtes Agrarkreditprogramm in Höhe von 59,8 Millionen Dollar Einspruch erhoben hat?
4. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung über ihren Vertreter bei der IDB darauf hinwirken, die im Bericht der IDB vom 17. Dezember 1985 in bezug auf das oben genannte Kreditprogramm genannten Wirtschaftsprobleme zu lösen und damit eine positive Entscheidung der Bank über dieses Kreditprogramm zu ermöglichen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Wie verträgt sich nach Meinung der Bundesregierung der Artikel „In der Wirtschaftspolitik hat die SPD nicht aus Fehlern gelernt“ in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 6. Januar 1986 von Friedhelm Ost, für den als Staatssekretär auch das Beamtenrecht gilt, mit dem Gebot der Mäßigung und Zurückhaltung gemäß § 53 Bundesbeamtengesetz?
6. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen den offenbar als Parteisprecher auftretenden Staatssekretär Ost zu ergreifen, um derartige von parteipolitischer Einseitigkeit, Polemik und persönlicher Anfeindung gekennzeichnete Beiträge ihres Regierungssprechers künftig zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie sind die im Bundeshaushalt 1986 für die Zollverwaltung zusätzlich bereitgestellten Planstellen auf die einzelnen Ebenen der Zollverwaltung (aufgegliedert nach Laufbahngruppen) verteilt worden, und wie sind insbesondere die Hauptzollämter im Zonenrandgebiet damit versorgt worden?
8. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung ihre Haltung zu einer möglichen Teilprivatisierung der Deutschen Lufthansa für die Zeit der derzeitigen Regierungskoalition abschließend festlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

9. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Wird es die Bundesregierung aus dem aktuellen Anlaß der Terroranschläge von Rom und Wien zur Bekämpfung des Terrorismus bei ihren bisherigen bloßen Empfehlungen an die Wirtschaft bewenden lassen, keinen Nutzen aus dem Rückzug amerikanischer Firmen aus Libyen zu ziehen, und wird sie z. B. damit nicht einmal Hermes-Bürgschaften für Geschäfte in und mit Libyen verweigern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

10. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Antwort, die der Parlamentarische Staatssekretär Würzbach in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 4. April 1984 (Plenarprotokoll 10/63) auf die Frage der Abgeordneten Frau Fuchs (Verl) gegeben hat, weiterhin gültig? Die Frage lautete: „Teilen Sie meine Befürchtung, daß die veränderten Patriot-Systeme dann eben dort eingesetzt werden, wo sie einen Sinn machen, wo sie auch taktische Raketen erreichen können, nämlich an der Nahtstelle zwischen den Blöcken, in der Bundesrepublik Deutschland?“
Antwort: „Ich teile Ihre Befürchtung nicht.“
11. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung – und wenn ja, wann und in welcher Form – in den amerikanischen Entscheidungs- und Arbeitsprozeß bezüglich ATM eingebunden oder eingebunden gewesen?
12. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Berichte bekannt, wonach die Arbeiten an einer Systemverbesserung, die der PATRIOT-Luftabwehrrakete ATM-Eigenschaften gegen sowjetische SS 21 und SS 23 verleihen soll, „bereits fortgeschritten“ sind?
13. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung von PATRIOT-Luftabwehrraketen mit ATM-Eigenschaften gegen SS 21 und SS 23, später auch SS 22, und deren möglichen Einsatz zum Objektschutz von Pershing II und bodengestützten Marschflugkörpern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

14. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung nicht ein sofortiges generelles Hormonverbot durchgesetzt, nachdem der EG-Agrarministerrat mehrheitlich das grundsätzliche Verbot aller Hormone in der Tiermast erst ab 1. Januar 1988 – für Großbritannien erst ab 1. Januar 1989 – beschlossen hat?
15. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die deutschen Verbraucher vor dem gesundheitsgefährdenden Genuß unter Verwendung von hormonerzeugtem Fleisch zu schützen?

16. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Liegt es im Sinne der Sozialpolitik der Bundesregierung, daß den Sozialhilfeempfängern das Pflegegeld für pflegebedürftige Angehörige und neuerdings das Zusatzkindergeld als anrechenbares Einkommen von der monatlichen Sozialleistung für den Lebensunterhalt abgezogen wird und somit nicht die geringste soziale Hilfe erbringt?
17. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um das Pflegegeld und das Zusatzkindergeld wirklich den bedürftigen Sozialhilfeempfängern zugute kommen zu lassen und nicht den Kassen der Kommunen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

18. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß seitens des Katastrophenschutzes Klage gegenüber der Deutschen Bundesbahn (DB) darüber geführt wird, daß der Brand- und Katastrophenschutz auf den Neubaustrecken der DB nicht gewährleistet ist?
19. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Deutsche Bundesbahn zu verstärkten Brand- und Katastrophenschutzvorkehrungen vor allem in den Tunnels der Neubaustrecken (z. B. Kassel—Würzburg) anzuhalten?
20. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Zieht die Bundesregierung in Erwägung, mit Rücksicht darauf, daß der Bremsweg der mit ABS-Systemen ausgerüsteten Kraftfahrzeuge wesentlich unterhalb des Erfahrungsbereiches für Kraftfahrer liegt, eine Kennzeichnungspflicht für Fahrzeuge mit ABS-Bremssystem vorzusehen, und falls nicht, ist die Bundesregierung bereit, eine Kennzeichnung auf freiwilliger Grundlage dem Kraftfahrzeughalter zu empfehlen und dafür die Mithilfe der Kraftfahrerverbände, insbesondere auch des ADAC und des AvD, zu erbitten?
21. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Zieht die Bundesregierung in Erwägung, die Ausstattung von Kraftfahrzeugen mit einem zweiten – rechts angebrachten – Außenspiegel zur Pflicht zu machen, nachdem auch das Rechtsüberholen in bestimmten Verkehrssituationen zulässig geworden ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie hoch sind die Städtebauförderungsmittel aus dem Bundesprogramm für das laufende und für die nächsten Haushaltsjahre bereits überzeichnet, und wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß die Städtebauförderungsmittel des Bundes noch einmal aufgestockt werden?
23. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Wird sich die Bundesregierung über 1987 hinaus an neuen Maßnahmen der Städtebauförderung beteiligen?
24. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist vom geplanten Abbau der Mischfinanzierung in der Städtebauförderung auch die Dorferneuerung betroffen?
25. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Kann es für einzelne Städte künftig von Vorteil sein, wieder zu Dörfern zu werden, um wenigstens in den Genuß von Bundesmitteln im Bereich der Dorferneuerung zu kommen, wenn der Bund sich aus der Städtebauförderung zurückzieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

26. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Sowjetunion nach den Gründen zu fragen, warum 1985 die seit 1970 niedrigste Zahl von Ausreisegenehmigungen für Rußlanddeutsche zu registrieren war, und darauf hinzuweisen, daß die Qualität des deutsch-sowjetischen Verhältnisses an der Behandlung der 2 Millionen Deutschen in der Sowjetunion abgelesen werden muß?
27. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) In welcher Weise und in welcher finanziellen Höhe hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985 den politischen Kräften, die für ein demokratisches Kambodscha eintreten, Hilfe zuteil werden lassen?
28. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Begrüßt die Bundesregierung die – im umfassenden Geist des Bündnisses und des Deutschlandvertrages getroffene – Feststellung des amerikanischen Außenministers in Berlin, daß die Verbündeten „als Treuhänder der geteilten deutschen Nation handeln“ müssen, daß „ein Grundbestandteil der Friedenssuche“, der Entspannungsbestrebungen des Westens, die Überwindung „der künstlichen Teilungen“ Europas, Deutschlands und Berlins sowie die Durchsetzung der Selbstbestimmung ebenso unserer osteuropäischen Nachbarn wie der Deutschen in friedlichem Wandel sein müssen?

29. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auch außenpolitisch die sechs Kriterien und „Lehren“, die der amerikanische Außenminister zu aktuellen Fragen der Ost-West-Beziehungen und zu aktuellen Bemühungen um Abbau der bestehenden „Spannungsquelle“ in der deutschen Frage aufzeigte, unterstützen?
30. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wie viele Menschenopfer der sechsjährige Krieg der Sowjetunion in Afghanistan gefordert hat?
31. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wie viele Menschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden?
32. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des US-Präsidenten, daß der Staatschef Libyens – und damit Libyen – in die Terroranschläge von Rom und Wien verwickelt sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

33. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung, insbesondere dem Parlamentarischen Staatssekretär Spranger, nach Aktenlage des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Person des Abgeordneten Tatge vor, und welchen anderen Personen wurden sie gegebenenfalls mitgeteilt?
34. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, mir eine vollständige Kopie meiner durch die Bundesregierung veranlaßten Akte beim Bundesamt für Verfassungsschutz zukommen zu lassen?
35. Abgeordneter
Dr. Müller (Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen und Daten über mich sind an den Abgeordneten Todenhöfer weitergeleitet worden?
36. Abgeordneter
Dr. Müller (Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen (genauer Wortlaut) wollte der Abgeordnete Todenhöfer über grüne und sozialdemokratische Abgeordnete haben?
37. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem Flughafengelände Frankfurt/Main Baukolonnen mit DDR-Bauarbeitern tätig sind, und welche Vorkehrungen sind getroffen, um die sicherheitspolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht zu gefährden?

38. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Haltung, Züchtung und Abrichtung von Kampfhunden ganz bzw. für einschlägige Vorbestrafte zu verbieten?
39. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Hundekämpfe und Vorfälle wie den am Neujahrstag in Langelshem-Bredelen bei Goslar zu unterbinden, bei dem ein Mann von abgerichteten Hunden getötet und ein zweiter Mann schwer verletzt wurden?
40. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Ursachen für den Störfall in der Uranverarbeitungsanlage in Gore im US-Bundesstaat Oklahoma vor, und welche Folgerungen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung daraus für vergleichbare deutsche Anlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

41. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung für die Milch-erzeuger zu tun, die auf gepachteten Teilflächen Milch erzeugt haben und diese aus Alters-, Krankheits- oder finanziellen Gründen aufgeben müssen und für die der Pächterschutz entfällt?
42. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Ist mit einer Änderung des § 7 Milch-Garantiemengen-Verordnung dahin gehend zu rechnen, daß für diese Fälle der Pächterschutz wieder eingeführt wird?
43. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Wie hoch sind die jährlichen Mehrausgaben zu Lasten des EG-Haushalts, die durch das Überschreiten der EG-Milchquoten entstehen?
44. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Wie hoch sind die Mehrkosten aus der Überschreitung der deutschen Quöte, die von der EG-Kommission dem Bundeshaushalt angelastet werden sollen?
45. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist es richtig, daß das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vor wenigen Wochen die Einfuhr von Tausenden Oze-lot-Fellen und über 200 000 Kaiman-Häuten genehmigt hat, obwohl bei sorgfältiger Prüfung der südamerikanischen, indonesischen und aus anderen Ursprungsländern stammenden Ausfuhr-papiere einerseits, des tatsächlichen Vorkommens von Zuchteinrichtungen andererseits, klar sein mußte, daß es sich bei den Produkten um Wildfänge unter Bruch des Washingtoner Artenschutz-Abkommens handelte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

46. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Verstöße gegen das Datenschutzrecht bei der Durchführung der Bundespflegesatzverordnung, wie sie z. B. im Bericht des „Volksblatt Berlin“ vom 9. Januar 1986 beschrieben werden?
47. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, derartige Verstöße (bei der Durchführung der Bundespflegesatzverordnung) künftig zu verhindern?
48. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die Qualität der Arbeitsamtstätigkeit steigern und zum politischen Ziel einer „Qualifizierungs- und Vermittlungsoffensive“ beitragen, wenn sie gleichzeitig im Haushaltsgenehmigungsverfahren der Bundesanstalt für Arbeit bei der von der Selbstverwaltung geforderten Personalaufstockung um 2 258 Stellen trotz eines weitaus höheren Personalbedarfs Abstriche von 808 Personalstellen vornimmt?
49. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Wie ist ein solcher Eingriff der Bundesregierung in das Haushaltsrecht der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit in Einklang zu bringen mit dem Bekenntnis des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, die Selbstverwaltung zu stärken?
50. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- An wie viele kalt ausgesperrte Arbeitnehmer hat die Bundesanstalt für Arbeit im Tarifkonflikt '84 im Metallbereich Kurzarbeitergeld ausbezahlt, und wie hoch ist die Summe insgesamt?
51. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welche finanziellen Mittel sollen aus dem 86er Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit den Arbeitgebern insgesamt für berufliche Bildung und Weiterbildung, als Lohnzuschüsse bei Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Vorruhestand sowie für Schlechtwettergeld und Winterbauumlage zufließen, und wie hat sich dies gegenüber 1984 und 1985 entwickelt?

Bonn, den 10. Januar 1986

